Nr. 20

Berlin, Sonnabend den 18. Juni 1921

Preis der Nummer 2 Mark

Verhandlungen zum Wiederaufbau

Rathenau und Loucheur

Am 1. Mai drohte der französische Einmarseh in das Ruhrgebiet und damit die Gefahr des völigen Zusammenbruehs zunächst für Deutschland, dann aber auch für ganz Europa. Die Annahme des Londoner Ultimatums het eine Entspannung herbeigeführt, die ihren bisher sichtbarsten Ausdruck in einer Begegnung des deutschen und französischen Wiederaufbauministers in Wiesbaden fand. Dr. Rathenau, der ebenso wie Loucheur mit der Technik internationaler Wirtschaftsbehandlungen durch langishrige Praxis vertraut ist, nahm Gelegenheit, den Wunsch Deutschlands zu betonen, seinen Kriegsentschädigungsplichten in möglichist weitem Umfang durch Sachleistungen für den Wiederaufbar Frankreichs gerecht zu werden. Die zweitägigen Beratungen erfolgten unter vier Augen und landen in der französischen Presse bis weit hinein in die Kreise der Rechtsparteien eine überraschend wohlwollende Beurteilung. Besonders wurde betont, dass Deutschland zum ersten Male einen Vertreier entsandt habe, dessen sachlieh Kompetenz imponierte. Am charakteristischsten gibt die französischen Stimmungen, die eine leise sich anbahnende Verständigungsmöglichkeit zeigen, Philippe Millet im "Petit Parisien" wieder, der die augenblicklichen und die dauernden Hindernisse für ein deutsch-französisches Einwernehmen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit einer Lösung stark betont. Er schreibt:
"Man hätte angesichts der Felsen, die den Weg versperren, das Recht zu zaudern. Denneh sei es unumgänglich notwendig, vorwärts zu marschieren. Wenn die Begegnung von irgendehm Nutzen gewesen sei, so sei sie es in der Richtung, dass sie den schmalen Saumpfad gezigt habe, den es gelte, nummehr zu beschreiten. Die unmittelbare Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen hänge von der Aus de hnung der wirts eh af tilt che nund ind ust riellen Zu landern herbeizuführen gelingen wird. Ist die Vereinigung französischen Arbeit und deutschem Kapital möglich? Ist sie von Gefahr frei? Man könne darau rincht leichtertig antworten. Gewiss sei aber, dass man in dueser Ric

Die Einzelverhandlungen sollen in Paris fortgesetzt werden.

Dem neuen Wiederaufbauminister ist es gelungen, einen besonders sachverständigen Mitarbeiter für die Aufbauarbeiten in den zerstörten
Gebieten zu gewinnen, den Kommerzienrat
Dr. Gu g g en h eim er, der der Direktion der
Augsburg-Nürnberger Maschinenfabrik angehört und seit längerer Zeit eine Reihe schwierier Verhandlungen mit Frankreien in seiner
Eigenschaft als Präsident der Rücklieferungskommission geführt hat. Guggenheimer hat den
Posten eines Reichskommissars im Ehrenamt
übernommen.

Churchills Dreibund

Zwischen Frankreich und England wird, wie bereits in der letzten Nummer der "Voss" hervorgehoben wurde, mit erhöhtem Eifer die Frege erörtert, ob die bisherige Entente in ein förmliches Blundmis umgewandelt werden soll. Die "Times" erklärten neuerdings, die Entente könne nicht so bleiben, wie sie sei; sie müsse enger werden oder lockerer werden. In besonders benerkenswerter Weise griff in diese Aussprache der englische Kolonialminister Winston Churchill ein, der im Kabinett Lloyd George einen wachsenden Einluss austübt. Er erklärte in einer Rede in Manchester, es gebe nur ein e Lösung, die den dauernden Frieden sichere: die Zusammenarbeit nicht nur Frankreichs und Englands allein, sondern Frankreichs, Englands und

Deutschlands gemeinsam zum Zweck des europäischen Wiederaufbaus. Der englische Kolonialminister, der in diesem Zusammenhang nicht vom britischen Weltreich, sondern bescheiden nur von "Grossbritannien" sprach, wies England die Aufgabe zu, "die Erbitterung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke zu mildern". Besonderen Nachdruck legte er auf den Nachweis, dass der Welt nur durch eine allgemeine Schuldreduktion geholfen werden könne. Wenn Amerika seine Schulden einziehe, so würde es seinen Ausfuhrhandel zerstören, und Deutschland müsse, wenn es seine Schulden ganz bezahlen solle, solche Anstrengungen machen, dass es die grösste Ausfuhrnation, die man je erlebt habe, werde. Den grossen Nationen der Welt würde deshalb eines Tages zum Bewusstsein kommen, dass es für alle vorteilhaft wäre, die gegenseitigen Schulden auf ein Mass herabzusetzen, das nicht unvereinbar sei mit gesundem Handel, mit normalen Währungen und mit angemessenen Arbeitsbedingungen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, das englische Handolskreise private Vereinbarungen mit der deutschen Wirtschaft suchen, um gemeinsam Geschäfte im Osten zu machen.

Die "Sperrfrist" läuft ab

Die "Sperrfrist" länft ab

Im August läuft die zweijührige "Sperrfrist"
ab, die in der Reichsverfassung vorgesehen ist.
Während dieser zwei Jahre sollten Abstimmungen auf Grund des Artiklels 18 der Reichsverfassung nicht vorgenommen werden, d. h. es sollte in dieser Zeit der jetzige Gebietsumfang der "Länder" nicht verändert werden. Ursprünglich hatte dem Schöpfer der Verfassung, dem damaligen Minister Preuss, der Gedanke vorgeschwebt, als Unterbau für das Reich der Deutschen eine Neugliederung der Länder vorzunehmen, ohne Rücksicht auf die bisherigen Grenzen der Bundesstaaten, die teils durch Napoleon, teils durch dynastische Verbindungen geschaffen wurden. Der Gedanke der Neugliederung scheiterte. Infolgedessen behandelt die Reichsverfassung einen Grossstaat wie Preussen als formell "gleichberechtigt" mit Zwerggebilden von der Art der Republiken Waldeck und Lippe, die eigene Ministerkrisen veranstalten. Da die Neugliederung nicht mit einem Schlag erfolgte, wollte man ein Kompromiss schaffen: die Möglichkeit, durch Volkasbstimmung Teile der bisherigen Länder abzutrennen oder zusammenzufassen. Eine starke Selbständigkeitsbewegung ist in Hannover entstanden, die die Bildung eines Freistaats Niedersachsen erstrebt. An sich ist auch im R h e in la n d vielfach die Stimmung für die Bildung eines selbständigen Bundesstaats vorhanden. Um so bemerkenswerter ist, dass sich sämtliche politische Parteien des Rheinlands dieser Tage verpflichteten, für die Dauer der Besetzung rheinischen Gebietes jeder Abstimmung auf Grund des Artikels 18 eutgegenzutreten. Darüber hinaus haben die Parteien den Wunsch

ausgesprochen, dass auch in anderen Landesteilen mit Rücksicht auf die Lage des besetzten Gebiets Abstimmungsbestrebungen bis zu diesem Zeitpunkte ruhen. Eventuell soll die Sperrfrist entsprechend verlängert werden.

Neue Spannung in Oberschlesien

Am 12. Juni sollte die Säuberungsaktion in Oberschlesien durch die allierten Truppen, die durch eine englische Division unter General Hennicker verstärkt worden war, beginnen. Sie sollte bis zum 22. Juni das ganze Abstimmungsgebiet befreien und den früheren Rechtezustand wiederherstellen. Das waren die Pläne und Vereinbarungen der leitenden Ententestellen. In Oppeln jedoch zeigte sich, dass die bereits vorher vorhandenen Meinungsverschiedenheiten inerhalb der Abstimmungskommission und zwischen den verschiedenen Truppenkontingenten idel nitiative lähmten. Diese Situation bemutzte der über alle Einzelheiten direkt informierte Korfanty, um seine "Bedingungen" zu stellen und dadurch zu erreichen, dasse er sozusagen als kriegführende Macht anerkannt wurde. Die deutschen Parteien Oberschlesiens hatten sich aus ihrer Mitte einen zwölfgliedrigen Vertreter-ausschuss geschaffen, dem sich der deutsche Selbstschutz und sein Führer, General Höfer, mterstellt hatte. Die Interallierte Komfantysauf den Standpunkt, dass der deutsche Selbstschutz und sein Führer, General Höfer, mterstellt hatte. Die Interallierte Kommission stellte sich, genau nach den Rezepten Korfantysauf den Standpunkt, dass der deutsche Selbstschutz, der zur Unterstützung der durch den Aufstand bedrohten Rechtsordnung geschaffen worden war, gleichzeitig mit den Aufständischen aufzulösen sei. Diese Frage trat um so mehr in den Vordergrund, als die französischen Mitglieder der Abstimmungskommission und die französischen Truppenteile offenbar um jeden Preise in gewaltsames Vorgehen gegen die Aufständischen zu verhindern suchten. Die Vertretung der deutschen Parteien lehnte es in den Besprechungen mit der Abstimmungskommission ab den Selbstschutz zurückzurufen, ehe die Vertreibung der Aufständischen erfolgt sei. Angesichts des Vorausgegangenen war diese Vorsicht sicherlich nicht unbegründet. Sie gab aber der Abstimmungskommission den Vorwand, die Säuberungsaktion überhaupt einzustellen. Gleichzeitig wurde ein diplomatischen Purck auf die Berliner Regierung ausge

Als Auftakt zu den Beratungen der britischen Reichskonferenz — siehe 2. Seite — über die kleinasiatischen und arabischen Fragen hat der englische Kolonialminister Churchill, der im Frühjahr d. J. auf einer längeren Reise nach dem Orient diese Probleme an Ort und Stelle studiert hat, im Unterhause das englische Orientprogramm entwickelt. Gegenüber den Forderungen der englischen Altilberalen unter Asquith und der Arbeiterpartei, im Interesse der Erleichterung der englischen Steuerlasten auf militärische und politische "Abenteuer" aussenhalb der Grenzen des bisherigen Weltreiches zu verziehten, führte Churchill aus: "Wir haben feierlich übernommen, als Mandatarmacht für Palästina und Mesopotamien zu fungleren. Wir können die Verantwortung nicht abwälzen und unsere Heere nicht an die Küste zurückziehen, weil wir dadurch die Bevölkerung der sehlinmsten Anarchie überlassen würden. Wir können die Juden in Palästina den Misshandlungen der Araber und Städte wie Bagdad der Plünderung wilder Beduinen nicht proisgeben.

Ueber die geplante Regierungsform für Mesorten merklistis der verglische Minister. Wörsten weitsten der verglische Minister. Weiter

Araber und Städte wie Bagdad der Plünderung wilder Beduinen nicht preisgeben.

Ueber die geplante Regierungsform für Mesopotamien erklärte der englische Minister; "Wir haben beschlossen, eine arabische Regierung unter einem arabischen Oberhaupt einzusetzen. Diese provisorische Regierung soll durch eine Regierung ersetzt werden, die durch eine Arabische Attionalversammlung gewählt werden wird. Ferner soll eine arabische Armee für die Zwecke der Landesverteidigung gebildet werden. Emir Faisal ist benachrichtigt worden, dass er von der britischen Regierung unterstützt werden wird, wenn er dem Volke vom Irak als Fürst genehm sein sollte. Würde der Emir von dem Volke anerkannt werden, so würde damit ein schwieriges Problem gelöst sein. Es kann nicht erwartet werden, dass wir die Verantwortung für Mesopotamien in alle Ewigkeit tragen sollen. Unsere Politik geht vielmehr dahin, eine unabhängige Regierung einzusetzen und sie so lange zu unterstützen, bis sie fähig ist, aus eigenen Krätten zu bestehen. Wir hoffen, alle brütischen Truppen zurückziehen zu können, wenn der arabische Staat aufgebaut sein wird."

Proteststreik in Bayern

In München wurde der unabhängige Abgeordnete Gareis, nachdem er in einer Freidenkerversammlung gegen die Verkirchlichung der Schule gesprochen hatte, vor dem Tor seiner Wohnung durch Revolverschüsse getötet. Unmittelbar vorher war der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Saenger von politischen Gegnern schwer misshandelt worden. Im Zusammenhang mit drastischen Aufforderungen deutschvölkischer Blätter, der Entwaffnungsaktion durch Terrorakte nach Art der italienischen Fascisten Widerstand zu leisten, rief die Bluttat bei den linksstehenden Gruppen eine grosse Erregung hervor, die sich in dem Beschluss eines dreitägigen Proteststreiks in München äusserte. Zum erstenmal seit längerer Zeit gingen dabei die Sozialdemokraten mit den Kommunisten, deren aussichtslose Forderung, dass die Regierung Kahr zurücktreten müsse, sie allerdings klugerweise aus dem Aktionsprogramm entfernten. Die Streikparole hatte im Lande nicht die erwartete Wirkung. Auch in München blieb es bei einem Teilstreik, und die Aufforderung, auch die lebenswichtigen Betriebe in den Streik einzubeziehen, hatte keinen Erfolg. Das scharfe Vorgehen der Polizei, die die Aufforderungen zum Generalstreik konfiszierte und alle Versammlungen kurzweg verbot, begegnete nirgends ernstem Widerstand. Die Machtverhältnisse in Bayern haben, wie sich bei dieser Gelegenheit erneut zeigte, seit 1918 eine immer stärkere Verschiebung nach rechts erfahren. Auf diese Machtverlättins sehwächt, da sie leicht als ein Einmischungsversuch der "Berliner Strasse" hingestellt werden kann. Wer Bayern einigermassen kennt, weis, dass selbst Anhänger der Sozialdemokratie dieses rote Tuch scheuen.

Diese Ausgabe enthält:

Politischer Teil:

Die briffsche Reichskonferenz von H. W. Edwards / Dinge, die sich im Orient vor-bereiten von Liman v. Sanders, General der Kavallerie

Technischer Teil:

Ein «Kehlkopfspiegel» für den Förder-schadt / Eine eigenartige Brückenkon-struktion / Der Mercedes-Sieg im Florio-Rennen / Flugwesen und Eisenbahn

Export-Teil:

Ausfuhrabgabe und Sadleistungen / Die Lehren der Bankbilanzen / Der Aussen-handel der Schweiz / Der Weltfrachten-markt von Paul Rudolf Singer.

Kunst und Wissenschaft:

Volkstünlichkeit in der Musik von Dr. Leon / Philosophie des Als Ob. / Die Fünfzig Bächer / Messing-Kunst von Max Osborn / Der unentbehrliche Boche / Der Trickfilm

Nächste Ausgabe:

Neue zahnärztliche Instrumente